

## **Wen wählen? Fragen an Parteien zur Landtagswahl am 14. März 2021 in Rheinland-Pfalz**

Mit einer gemeinsamen Anfrage an SPD, FDP, CDU und Bündnis90/ Die Grünen haben sich der Bundesverbandes Patienten für Homöopathie (BPH) und der Landesverband Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland des DZVhÄ gewandt. Die Fragen sind leicht unterschiedlich auf die jeweilige Partei zugeschnitten, im Kern geht es aber bei allen um ihr Verhältnis zur Homöopathie bzw. Integrativen Medizin und inwieweit die jeweilige Partei diese Medizin fördern wird. Die „AfD“ haben wir nicht befragt, da wir mit einer rechtsextremen Partei nicht in die politische Kommunikation gehen, uns nicht an einer politischen Zusammenarbeit gelegen ist und uns auch in keiner Weise von dieser Partei instrumentalisieren lassen.

### **SPD**

Die SPD Rheinland-Pfalz sieht die Homöopathie als ergänzende Therapie, aber nicht als Ersatz für die Schulmedizin. Homöopathische Arzneimittel besitzen in Deutschland eine lange Tradition und sind eine etablierte Option zur Ergänzung der anerkannten naturwissenschaftlichen-schulmedizinischen Verfahren als sogenannte Komplementärmedizin. Entsprechend dieser Ausrichtung besitzen Therapien mit Homöopathika nicht den Anspruch, klinisch erprobte Behandlungsmethoden zu substituieren, sondern machen ergänzende Angebote. Daher sollen homöopathische Mittel auch weiterhin beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte registriert und weiterhin über Ärztinnen und Ärzte sowie wegen der üblichen Verschreibungsfreiheit überwiegend in Apotheken vertrieben werden. Das sichert die erforderliche fachliche und unabhängige Beratung und Information zu Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes von homöopathischen Arzneimitteln.

### **CDU**

Nachgefragt, leider ohne Antwort.

### **FDP**

Wir stehen selbstverständlich für ein selbstbestimmtes Leben der Menschen. Jeder einzelne soll frei und selbst entscheiden können, welche Behandlungsmethoden er bevorzugt. Die Homöopathie ergänzt die Schulmedizin und die Heilpraktiker diese breite Palette an Behandlungsmöglichkeiten. Viele Menschen vertrauen auf die Homöopathie und bevorzugen diese. Jedoch darf keine Diskussion über "Homöopathie vs. Schulmedizin" entstehen. Solch eine Diskussion wollen die Freien Demokraten nicht führen. Für uns ist weiterhin wichtig, dass keine Patiententäuschung stattfindet, egal von wem sie ausgeht. Wir benötigen eine breite und hoch qualitative medizinische Versorgung. Diese ist wichtiger denn je. Wichtig ist jedoch zu erwähnen, dass auch im Bereich der Homöopathie wissenschaftliche, breite sowie fundierte Studien erfolgen. Die Übernahme von homöopathischen Mitteln darf nicht zum Marketingzweck für Krankenkassen werden, um neue Mitglieder zu ziehen.

Die Diskussion um die Apothekenpflicht wird nun schon seit einigen Jahren geführt. Hierfür gibt es Pro und Contra-Punkte. An einem Punkt hakt es aber oftmals: Die fehlenden aussagekräftigen Belege von Wirkungen der Homöopathie. Dafür bedarf es weiterer Studien, die eine Wirkung belegen oder widerlegen. Ein Pro ist aber, dass die Therapie seit 200 Jahren Anwendung findet, 80% der Patienten, welche die Behandlung nutzen, sich besser fühlen und die Apotheken eine Beratung anlegen können.

Daher kann heute keine abschließende Meinung dargelegt werden. Diese Diskussion muss daher weitergeführt werden.

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Planen Sie einen eigenen Lehrstuhl für Integrative Medizin an einer Universität in Ihrem Bundesland? Oder können Sie sich die weitere Erforschung der Integrativen Medizin vorstellen?**

Wir treten im Sinne der bestmöglichen Versorgung aller Bürger\*innen für eine stärkere Förderung der Grundlagenforschung sowie klinische Studien, Versorgungsforschung und transnationale Studien in der Medizin ein. Die öffentlichen Forschungseinrichtungen spielen dabei eine zentrale Rolle. Denn ökonomische Interessen haben derzeit ein zu starkes Gewicht. Forschung in ökonomisch nicht relevanten Bereichen, zum Beispiel bei Medikamenten ohne Patentschutz, bei den sogenannten Vernachlässigten Erkrankungen oder bei Antibiotika findet kaum noch statt. Hier muss die öffentliche Hand beim Transfer von Ergebnissen der Grundlagenforschung in die medizinische Praxis helfen. Von daher sehen wir wichtigen Handlungsbedarf für unabhängige Forschung und Grundlagenforschung sowie eine schnellere Umsetzung von Forschungsergebnissen für die Patient\*innen. Wir brauchen mehr Transparenz bei der Finanzierung klinischer Studien und die Unabhängigkeit von wissenschaftlichen Anwendungsstudien nach Einführung von Therapien in die Patient\*innenversorgung. Das kann Vergleichsstudien zu homöopathischer Medizin in Wirkung und Anwendung einschließen, dies obliegt aber in erster Linie der Wissenschaftsfreiheit. Die Ergebnisse dieser Studien können auf die Zulassung und Erstattung von Medikamenten Konsequenzen haben. Die Einführung eines solchen Lehrstuhls planen wir nicht.

### **Im Grünen Grundsatzprogramm bekennen Sie sich zur „Wahlfreiheit im Gesundheitswesen“ und zur „Therapievielfalt und das Selbstbestimmungsrecht der Patient\*innen.“ Wie werden Sie diese Grundsatzaussagen in Rheinland-Pfalz umsetzen?**

Gesundheitskompetenzen, Lotsen und Patientenberatung sind in Deutschland leider Schwachpunkte der Gesundheitsversorgung. Seit langem setzen wir uns dafür ein, die Gesundheitskompetenzen der Bevölkerung und besonders die Kompetenzen von Patient\*innen durch Beratung und Unterstützungsprogramme auszubauen. Gleichwohl bleibt eine sehr hohe Verantwortung der Gesundheitsberufe. Dazu gehört, dass den Patient\*innen gegenüber deutlich gemacht werden muss, bei welchen Krankheitsbildern und -graden homöopathische Behandlungen nicht die klinische Medizin ersetzen dürfen.

### **Werden Sie sich auf Bundesebene für gute Rahmenbedingungen für Homöopathie und Integrative Medizin einsetzen? Darunter fallen aus unserer Sicht etwa die Apothekenpflicht homöopathischer Arzneien und die GKV-Selektivverträge zu erhalten.**

Gesetzliche Krankenkassen sollen homöopathische Gesundheitsleistungen über in den Satzungen der einzelnen Krankenkassen festgelegte Tarife erstatten können, wie dies bis zum 11.05.2019 auch Gesetzeslage war. Diese Tarife müssen sich selbst finanzieren – die Kosten der homöopathischen Gesundheitsleistungen sollen also nicht auf alle Beitragszahler\*innen umgelegt werden. Dabei sind die Gesetzlichen Krankenkassen in der Ausgestaltung der Leistungen frei.